

Soko gegen Autoposer: Deutsche Polizeigewerkschaft begrüßt den Vorschlag Landesvorsitzender: „Mit aktueller Zielzahl nicht realisierbar“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen begrüßt grundsätzlich die Forderungen der Bremer Grünen nach einer sogenannten „Soko“ gegen Autoposer. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Jörn Schulze, ist jedoch skeptisch, was die zeitnahe Realisierung angeht: „Die angespannte Personallage der Polizei Bremen erlaubt es zurzeit einfach nicht, eine starke Kontrollgruppe einzurichten, die sich ausschließlich um dieses Thema kümmern kann,“ sagte er.

Grundsätzlich hält er die Idee für gut, Polizeibeamte speziell für dieses Thema zu schulen und zusätzlich zum normalen Streifendienst auf die Straße zu schicken. „Das würde bedeuten, die spezialisierte Verkehrsüberwachung personell massiv zu verstärken, aber das lässt sich weder jetzt, noch mit 2600 Beschäftigten, die die Polizei Bremen mal erreichen soll, realisieren. Am Ende muss die Fraktion der Grünen verstehen, dass Spezialisierung und Aufgabenerweiterung bei der Polizei mehr Personal erfordert, als aktuell vorgesehen. Wir fordern nicht ohne Grund die Erhöhung der Zielzahl der Polizei auf 3000.“

Schulze betont zudem: „Die Kolleginnen und Kollegen der spezialisierten Verkehrsüberwachung in Bremen machen einen hervorragenden Job und haben große Erfolge vorzuweisen. Sie erreichen diese trotz fehlenden Personals, sie sind einer hohen Belastung durch Sondereinsätze ausgesetzt, ihr Dienstplan ist alles andere als verlässlich – das Personal dort zu verstärken, ist dringend erforderlich.“

Der Gewerkschaftsvorsitzende kann sich vorstellen, dass besonders ausgebildete Polizisten der zukünftigen Polizeikommissariate Kontrollgruppen bilden, weiß aber auch: „Spezialisten in der Fläche können nur Zukunftsmusik sein. Die Beamten müssten zusätzlich zum bisherigen Personal an den Dienststellen sein, müssen über fundiertes Fachwissen verfügen, also zunächst auch ausgebildet werden, benötigen Fahrzeuge und eine besondere technische Ausstattung – das lässt sich in Bremen weder kurz- noch mittelfristig realisieren, von der Frage der Finanzierung ganz zu schweigen.“